

Sozialliberalismus¹⁾

Einleitung.

Heinrich Herkner, der Vorsitzende des Vereins für Sozialpolitik, hat es als die Aufgabe seiner jüngst erschienenen Selbstbiographie, welcher er den Untertitel »Der Lebenslauf eines ‚Kathedersozialisten‘« gegeben hat, bezeichnet, künftigen Generationen »das Verständnis für die jetzt zur Neige gehende ‚kathedersozialistische‘ Periode der deutschen Nationalökonomie« zu erleichtern²⁾. In der Tat, es kann nicht bestritten werden, daß die kathedersozialistische Richtung längst schon alles das gesagt hat, was sie glaubte, zu sagen zu haben, und es könnte den Anschein gewinnen, als ob auch ihre Herrschaft nun zur Neige geht. Da ist es wohl an der Zeit, zu prüfen, was sie geleistet hat.

Zum siebzigsten Geburtstag Gustav Schmollers haben die hervorragendsten Mitarbeiter der historisch-realistischen Richtung der deutschen Nationalökonomie sich zu einem Werke vereint, das die Ergebnisse der Arbeit der deutschen Nationalökonomie im 19. Jahrhundert darstellen sollte³⁾. Eine Zusammenfassung dessen, was in den 40 monographischen Arbeiten dieses Werkes dargelegt wurde, ist unterblieben. Das Vorwort erklärt ausdrücklich, daß »es einer künftigen Arbeit überlassen bleiben muß, die Bilanz zu ziehen über die Art und Größe des Fortschrittes, den die Wissenschaft als Ganzes erzielt hat«⁴⁾. Hätte man versucht, diese Bilanz zu ziehen, sie wäre zweifellos wenig erfreulich ausgefallen. Stärker noch als in den einzelnen Arbeiten hätte in der Zusammenfassung hervortreten müssen, wie wenig die Schule das erreicht hat, was sie sich zu erreichen vorgenommen hatte, und daß sie jedesmal, sobald sie an grundsätzliche Fragen herantritt, nichts anderes machen kann als das zu übernehmen, was die von ihr wenig geschätzte abstrakte Richtung zutage gefördert hat. Aus jedem Beitrag, der seiner Aufgabe auch nur halbwegs gerecht wird, leuchtet die Arbeit der Theoretiker

¹⁾ Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft, 81. Band, 1926.

²⁾ Vgl. die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, herausgegeben von Dr. Felix Meiner, I. Bd., Leipzig 1924, S. 113.

³⁾ Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert, Leipzig 1908, 2 Bände.

⁴⁾ a. a. O., I. Bd., S. VIII.

heraus, die der Schule fernstanden und von ihr bekämpft worden waren. So gelangt z. B. der von Bernhard verfaßte Beitrag über den Arbeitslohn zu dem Schlusse, daß »die ‚historisch-statistische Schule‘ die Hauptprobleme des Arbeitslohnes kaum berührt hat«. Sie hätte nur Detailforschungen zu Wege gebracht, aber gegenüber den großen Fragen hätte sie »schließlich doch nur das Geständnis stammeln können: Die Vorgänge sind komplizierter als die Summe unserer Detailforschungen. Man könnte daher zu den Kernfragen des Arbeitslohnes kaum eine neuere deutsche Forschung nennen, wenn hier nicht die sogenannte ‚abstrakte österreichische Schule‘ eingegriffen hätte«¹). Wenn das schon vom Arbeitslohn gilt, einem Gegenstande, mit dem sich die kathedersozialistische Schule mit besonderer Vorliebe befaßte, um wieviel mehr muß es von allen anderen Problemen gelten.

Aus allen Sammelwerken, die die solche Veröffentlichungen bevorzugende Schule herausgegeben hat, gewinnt man denselben Eindruck. Im »Grundriß der Sozialökonomik« sind Dogmengeschichte und theoretische Nationalökonomie von »Österreichern« bearbeitet worden. Und aus der zehntausend Quartseiten füllenden Materialsammlung der dritten Auflage des »Handwörterbuches der Staatswissenschaften« wird wohl kaum etwas anderes auch für spätere Zeiten Interesse haben als die klassischen Beiträge von Menger, Böhm-Bawerk, Wieser und einigen anderen »Theoretikern«.

Nun liegt wieder eine umfangreiche Festschrift vor, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, das ganze Gebiet der Wissenschaft in Monographien zur Darstellung zu bringen. Es ist erfreulich, daß an Stelle der Festschriften, die wegen der Buntheit der darin behandelten Probleme eine Qual für den Leser und eine Verlegenheit für den Bibliothekar waren, nunmehr allmählich solche zu treten beginnen, die einen ganzen Problemkreis zu behandeln suchen. Wenn man die Gelegenheit von Lujo Brentanos achtzigstem Geburtstag ergriffen hat, um die »Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege« darzustellen, so kann man dies damit rechtfertigen, daß Lujo Brentano ein Führer der kathedersozialistischen Richtung in und außerhalb Deutschlands gewesen ist²).

¹ Vgl. Bernhard, Der Arbeitslohn (a. a. O., I. Bd., XI) S. 11 f.

² Vgl. Festgabe für Lujo Brentano: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Neunundzwanzig Beiträge über den Stand der deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung nach dem Kriege. Herausgegeben von M. J. Bonn und M. Palyi. Erster Band: Wirtschaftspolitische Ideologien. Zweiter Band: Der Stand der Forschung, München und Leipzig, 1925. – Die einzelnen

Der Wert der einzelnen Beiträge ist natürlich durchaus verschieden. Es muß auch wohl nicht erst besonders hervorgehoben werden, daß die neunundzwanzig Mitarbeiter jeder für sich selbständig gearbeitet und keine Rücksicht auf die Theorien und Ideologien der übrigen genommen haben. Doch durch eine Anzahl von Beiträgen – und es ist anzunehmen, daß es gerade die sind, die die Herausgeber für die wichtigsten halten und die Brentano mit der größten Genugtuung gelesen haben wird – geht ein gemeinsamer Zug: die Absicht, das »System Brentano« zu verteidigen und auszugestalten. Die äußeren Voraussetzungen für einen derartigen Versuch sind heute ungünstiger als vor 17 Jahren. Damals, als die Schmoller-Festgabe erschien, standen Kathedersozialismus und historisch-realistische Nationalökonomie auf dem Höhepunkte ihres Ansehens und ihres politischen Einflusses. Darin hat sich vieles geändert. Klang die Schmoller-Festgabe wie Fanfare, so klingt die Brentano-Festgabe wie Schamade.

I. Der Kathedersozialismus.

Der Kathedersozialismus ist keine einheitliche Ideologie. Wie auch sonst neben der sozialistischen Idee und von ihr oft nicht deutlich unterschieden die syndikalistische steht, so findet man ebenso im Kathedersozialismus zwei Richtungen: Die sozialistische (staatssozialistische oder etatistische) und die syndikalistische (mitunter sozialliberal genannte).

Sozialismus und Syndikalismus sind unversöhnliche Gegensätze, und jede der beiden Ideologien steht wieder in unversöhnlichem Gegensatz zum Liberalismus. Keine Gedankenkünstelei kann darüber hinwegkommen, daß die unmittelbare Verfügung über die Produktionsmittel nur entweder Einzelnen zustehen kann oder der Gesamtheit oder den Verbänden der in den einzelnen Produktionszweigen Tätigen. Niemals kann es der Politik gelingen, die unmittelbare Verfügung über bestimmte Produktionsmittel zwischen der Gesellschaft (dem Staate), den Gewerkschaften oder Einzelnen zu teilen. Eigentum als unmittelbare Verfügung über Produktionsmittel ist unteilbar. Wohl kann es eine Gesellschaftsordnung geben, in der ein Teil der Produktionsmittel im Eigentum des Staates oder anderer gesellschaftlicher Verwaltungsgebilde, ein Teil in dem der Gewerkschaften und ein Teil in dem der Einzelnen steht. Es kann in diesem

Abhandlungen dieses Werkes sind im folgenden mit dem Namen des Verfassers, Bandzahl und Seitenzahl zitiert.

Sinne Teilsozialismus, Teilsyndikalismus, Teilkapitalismus geben. Aber es kann nie etwas geben, was in bezug auf dieselben Produktionsmittel ein Mittelding zwischen Sozialismus, Liberalismus und Syndikalismus darstellt. Man hat die grundsätzliche und logische Unverträglichkeit dieser drei denkbaren Gesellschaftskonstruktionen immer wieder in der Theorie und in der politischen Bewegung zu verschleiern gesucht. Doch nie konnte es gelingen, einen Gesellschaftszustand zu schaffen, den man als eine Verbindung oder gar als Versöhnung der widerstreitenden Grundsätze hätte bezeichnen können.

Der Liberalismus ist die Ideologie, die im Sondereigentum an den Produktionsmitteln die einzig mögliche oder zumindest die denkbar beste Grundlage der arbeiteteilenden menschlichen Gesellschaft sieht. Der Sozialismus strebt Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hand der organisierten Gesellschaft, des Staates, an. Der Syndikalismus will die Verfügung über die Produktionsmittel in die Hand der Verbände legen, die die in den einzelnen Zweigen der Produktion Tätigen zusammenfassen ¹).

Der Staatssozialismus (Etatismus, auch konservativer Sozialismus) und die ihm verwandten Systeme des Militärsozialismus und des kirchlichen Sozialismus streben eine Gesellschaft an, in der zwar »die Verwaltung des Eigentums den Einzelnen übertragen« wird, aber seine Verwendung von der staatlichen Ganzheit dergestalt überwacht und geleitet wird, daß es zwar »formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum« gibt ²). Der Landwirt z. B. ist hier »ein Staatsbeamter und muß das bauen, was nach bestem Wissen und Gewissen oder nach Staatsvorschrift dem Land nottut. Hat er seine Zinsen und ein auskömmliches Gehalt, so hat er alles, was er verlangen darf« ³). Ein Teil der Großbetriebe wird unmittelbar in das Eigentum des Staates oder der Gemeinden gebracht, alle anderen Unternehmungen bleiben formell in den

¹ Der Syndikalismus als soziale Ideologie ist nicht zu verwechseln mit dem Syndikalismus als Taktik. Die spezifisch syndikalistische Taktik (die *action directe* der französischen Syndikalisten) kann auch im Dienste einer anderen Ideologie als der des Syndikalismus stehen; man kann z. B. den Sozialismus mit den Mitteln der syndikalistischen Taktik anstreben.

² So im Gesellschaftsneubau Othmar Spann's (Der wahre Staat, Leipzig 1921, S. 249). Vgl. Honigheim, Romantische und religiös-mystisch verankerte Wirtschaftsgesinnungen, I, S. 264.

³ So Philipp von Arnim, Ideen zu einer vollständigen landwirtschaftlichen Buchhaltung, 1805 (zitiert bei Waltz, Vom Reinertrag in der Landwirtschaft, Stuttgart und Berlin 1904, S. 21).

Händen ihrer Eigentümer, müssen aber so geführt werden, wie es den Absichten der staatlichen Gewalt entspricht. So wird jedes Geschäft zum öffentlichen Amt, jeder »Erwerb« zum »Beruf«.

Als das sozialdemokratische Programm, das die vollständige Überführung aller Produktionsmittel in das formelle Eigentum der Gesellschaft forderte, noch ernst genommen wurde, schien hier zwischen dem Programm der Etatisten und dem der Sozialdemokraten ein beträchtlicher, wenn auch kein grundsätzlicher, Unterschied zu bestehen. Doch heute ist auch im sozialdemokratischen Programm, zumindest in der Praxis, von unmittelbarer Verstaatlichung nur für den Großbetrieb die Rede. Handwerk und bäuerlicher Betrieb sollen unter der Leitung und Kontrolle des Staates bestehen bleiben. In dieser Hinsicht stehen sich Etatisten und Sozialisten heute viel näher als noch vor ein Dutzend Jahre.

Der charakteristische grundsätzliche Unterschied zwischen dem Gesellschaftsideal des Etatismus und dem der Sozialdemokratie lag aber nicht hier, sondern in dem Problem der Einkommensverteilung. Für die Sozialdemokratie war es eine Selbstverständlichkeit, daß alle Unterschiede in der Höhe des Einkommens verschwinden müssen. Der Etatismus aber will das Einkommen nach der »Würdigkeit« verteilen. Jeder soll soviel erhalten; als seinem Range entspricht. Auch in diesem Punkte hat sich der Abstand, der Sozialdemokraten und Etatisten trennt, nicht unbeträchtlich verringert.

Auch der Etatismus ist echter Sozialismus, mag er sich auch in manchen Punkten vom Sozialismus des Kommunistischen Manifestes und des Erfurter Programms unterscheiden. Denn wesentlich ist allein die Stellung zum Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln. Indem die Kathedersozialisten den Etatismus vertreten haben, indem sie Verstaatlichung von Großbetrieben und staatliche Überwachung und Leitung der übrigen Betriebe forderten, haben sie sozialistische Politik betrieben.

Aber nicht alle, die man Kathedersozialisten nennt, waren Etatisten. Lujo Brentano und seine Schule haben, wenn sie auch in vielen Fragen der Tagespolitik mit den übrigen Kathedersozialisten Hand in Hand gingen und mit ihnen und mit den Sozialdemokraten gemeinsam gegen den Liberalismus kämpften, ein syndikalistisches Programm vertreten. Klar und unumwunden war ihr Syndikalismus freilich ebensowenig wie der irgendeiner anderen syndikalistischen Gruppe. Das syndikalistische Programm ist so widerspruchsvoll und führt zu so absurden Konsequenzen, daß es niemals gerade heraus vertreten werden konnte. Doch wenn auch Brentanos Syndikalismus nur verhüllt auftrat, so bleibt er nichts-

destoweniger Syndikalismus. Er trat in der Stellung zutage, die Brentano und seine Schule in den Problemen des Koalitionszwanges, des Streikzwanges und des Schutzes der Arbeitswilligen einnahmen. Wenn den Arbeitnehmern das Recht gegeben wird, jedem Arbeitgeber solange den Betrieb seines Unternehmens unmöglich zu machen, als er die von ihnen gestellten Bedingungen nicht annimmt, dann ist die Verfügung über die Produktion in letzter Linie in die Hand der Gewerkschaften gelegt. Man darf das Problem nicht dadurch verdunkeln, daß man es mit der Frage der Koalitionsfreiheit, d. h. des Rechtes der Arbeiter, sich in Verbänden zu organisieren, und mit dem der Straffreiheit des vertragsbrüchigen Arbeitnehmers zusammenwirft. Bei der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen handelt es sich um toto coelo verschiedener Dinge. Solange die Arbeitsniederlegung der in einem Betriebe oder in einem ganzen Produktionszweig beschäftigten Arbeiter durch Einstellung von Arbeitern aus anderen Produktionszweigen oder aus einem etwa vorhandenen Reservoir von Arbeitslosen unwirksam gemacht werden kann, sind die Gewerkschaften nicht imstande, den Arbeitslohn über den Stand hinaufzusetzen, den er auch ohne ihr Auftreten erreicht hätte. Sobald aber die Brachialgewalt der Arbeiterschaft unter Duldung oder Förderung durch den Staatsapparat es unmöglich macht, die Streikenden zu ersetzen, ist es den Gewerkschaften möglich, nach Belieben zu schalten. Die Arbeiter der »lebenswichtigen« Unternehmungen können dann die Höhe des ihnen auszubezahlenden Lohnes ganz frei bestimmen. Sie könnten ihn so hoch festsetzen, als ihnen beliebt, wenn sie nicht auf die öffentliche Meinung und besonders auf die Stimmung der in den übrigen Produktionszweigen beschäftigten Arbeiter Rücksicht nehmen müßten. Aber jedenfalls sind alle Gewerkschaften in der Lage, den Lohn zunächst über dem Stande festzulegen, der sich aus der Lage der Volkswirtschaft ohne ihr Eingreifen ergeben würde.

Alle diejenigen, die den Schutz der Arbeitswilligen ablehnen, haben sich daher die Frage vorzulegen, auf welche Weise einer Überspannung der Forderungen der Arbeiter entgegengetreten werden könnte. Es ist keine Beantwortung dieser Frage, wenn man auf die Einsicht der Arbeiter verweist oder wenn man paritätische Kommissionen mit der Entscheidung betraut; auch in der paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beschickten Kommission kann eine Einigung nur durch Nachgeben eines der beiden Teile erfolgen. Überträgt man aber die Entscheidung an den Staat, sei es, indem man ihm unmittelbar das Richteramt zuweist, oder sei es, daß man in der paritätischen Kommission einen Vertreter der Staats-

behörde den Ausschlag geben läßt, dann hat man wieder zur etatistischen Lösung gegriffen, die man ja gerade hatte vermeiden wollen.

Eine Gesellschaftsordnung, die den Schutz der Arbeitswilligen ablehnt, ist ganz und gar nicht lebensfähig und muß in der kürzesten Zeit der Auflösung verfallen. Darum mußten auch alle politischen Systeme, mögen sie auch noch so sehr mit dem Gewerkevereinswesen paktieren, schließlich dazu gelangen, den Streikzwang zu bekämpfen. Das wilhelminische Deutschland brachte es freilich nicht dazu, den Arbeitswilligen durch ein besonderes Gesetz den Schutz der Staatsgewalt zu gewähren; der Versuch scheiterte an dem Widerstand Brentanos und seiner Schule. Doch es ist zu beachten, daß im Deutschen Reich der Vorkriegszeit ein Streik in lebenswichtigen Betrieben durch Einberufung der Ausständischen zur militärischen Dienstleistung unschwer hätte niedergekämpft werden können. Dem republikanischen Deutschland steht dieses Mittel nicht mehr zu Gebote. Es hat, trotzdem in ihm die sozialdemokratische Partei die Vormachtstellung inne hat, den Kampf gegen Arbeitseinstellungen in lebenswichtigen Betrieben mit Erfolg auf andere Weise aufgenommen und dabei den Arbeitswilligen nachdrücklich Schutz zuteil werden lassen. Im Rußland der Sowjets sind Arbeitseinstellungen überhaupt unmöglich. In der Erkenntnis der Notwendigkeit, den Streik zumindest in den lebenswichtigen Betrieben durch Arbeitswillige unwirksam machen zu lassen, stimmen Kautsky und Lenin durchaus überein.

Der Etatist vertraut auf die Weisheit und auf die Gesinnung der Beamten. »Unsere Beamten«, sagt Knapp, »lernen früh genug, wie es mit den wirtschaftlichen Interessenkämpfen aussieht; sie werden sich nicht mehr das Heft aus der Hand nehmen lassen, auch von parlamentarischen Mehrheiten nicht, die wir ja meisterhaft zu behandeln wissen. Keine Herrschaft wird so leicht ertragen, ja so dankbar empfunden wie die hochsinniger und hochgebildeter Beamten. Der deutsche Staat ist ein Beamtenstaat – hoffen wir, daß er in diesem Sinne ein Beamtenstaat bleibe! Dann gelingt es ihm wohl am ersten, die Wirrsale und Irrungen wirtschaftlicher Kämpfe zu überwinden«¹). Brentano und seiner Schule fehlte dieses Zutrauen in die Unfehlbarkeit des Beamten; gerade darauf stützen sie ihren Anspruch auf die Bezeichnung »liberal«. Doch im Laufe der

¹ Vgl. Knapp, Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, 2. Aufl.; Leipzig 1909, S. 86 (jetzt auch in: Einführung in einige Hauptfragen der Nationalökonomie, München und Leipzig, 1925 S. 1922).

Jahre ist eine starke Annäherung der beiden Richtungen erfolgt. Auch die Schule Brentanos ist für die Verstaatlichung und Verstädtlichung einer Reihe von Unternehmungen eingetreten, und die Schule Schmollers legt Gewicht auf die Tätigkeit der Gewerkschaften. Lange Zeit trennte die beiden Schulen die Stellung zur auswärtigen Handelspolitik. Brentano hat den Protektionismus, dem die Mehrzahl der Etatisten anhing, abgelehnt. Hier haben die Etatisten zum Teile nachgegeben. Die – wenn auch nicht sehr entschieden – freihändlerische EntschlieÙung der in Stuttgart 1923 versammelten Hochschullehrer hat dies deutlich gezeigt.

Brentano selbst hat den Unterschied, der zwischen ihm und Schmoller in den Grundfragen der Gesellschaftspolitik bestand, in folgender Weise darzustellen versucht: »Wir waren beide sowohl für das Wirken freier Organisationen als auch für das Eingreifen des Staates, wo der sich selbst überlassene Einzelne zu schwach war, seine Persönlichkeit zu wahren und seine Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Aber unsere Stellung zu beiden war doch wohl von Anfang an umgekehrt. Meine englischen Studien hatten mich dazu geführt, die Hoffnung für das Aufsteigen der arbeitenden Klassen in erster Linie in das freie Wirken ihrer Organisationen zu setzen, während es Schmoller weit mehr darauf ankam, dem Staate die Rolle eines Beschützers der Schwachen zuzuweisen«¹). In dieser Charakteristik, die Brentano im Frühjahr 1918, kurz nach dem Offenbarwerden des Zusammenbruches des Systems Schmoller und kurz vor dem Offenbarwerden des Zusammenbruches des Systems Brentano niederschrieb, sind die grundsätzlichen Verschiedenheiten der beiden Richtungen zwar nicht scharf herausgearbeitet, aber doch immerhin erkennbar dargestellt.

II. Liberalismus und Sozialliberalismus.

Namen sind unwesentlich. Auf die Sache kommt es an und nicht auf die Terminologie. Der Terminus Sozialliberalismus mutet zwar merkwürdig an, da Sozialismus und Liberalismus einander ausschließen. Doch wir sind derlei schon gewohnt. Auch Sozialismus und Demokratie sind letzten Endes unvereinbar, und doch haben wir das Wort Sozialdemokratie, das eine *contradictio in adjecto* enthält, schon seit langem im Gebrauch. Wenn heute die Schule Brentanos, die seinen Syndikalismus übernommen hat, und

¹ Vgl. Brentano, Ist das System Brentano zusammengebrochen? Berlin 1918, S. 14 f.

ein Teil der »gemäßigten« Etatisten ihre Richtung als Sozialliberalismus oder als sozialpolitischen Liberalismus bezeichnen, so könnte man dagegen nichts einwenden. Wohl aber muß man – nicht aus Gründen irgendwelcher parteipolitischer Einstellung, sondern im Interesse wissenschaftlicher Klarheit und folgerichtigen Denkens – dagegen Einspruch erheben, daß man, von dieser Bezeichnung ausgehend, die Unterschiede, die zwischen Liberalismus und Sozialismus bestehen, verwischt und etwas als Liberalismus bezeichnet; das das gerade Gegenteil von dem ist, was die Geschichte und die Sozialwissenschaft als Liberalismus bezeichnen. Es ist natürlich keine Entschuldigung für dieses Vorgehen, daß auch in England, dem Heimatland des Liberalismus, dieselbe Begriffsverwirrung herrscht.

Es ist wohl richtig, wenn Herkner sagt, für den Liberalismus sei Unverletzlichkeit des Eigentums kein dogmatisch festgelegter Zweck, sondern Mittel zur Erreichung der obersten Ziele. Aber er irrt, wenn er meint, daß dieses Mittel im Systeme des Liberalismus »nur zeitlich bedingt« sei ¹). Im obersten und letzten Ziele stimmen Liberalismus und Sozialismus überein. Sie unterscheiden sich gerade darin, daß der Liberalismus zur Erreichung dieses Zweckes das Sondereigentum an den Produktionsmitteln, der Sozialismus aber das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln als das geeignetste Mittel ansieht. Diese Gegenüberstellung der beiden Programme und nur diese entspricht der Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts. Das, was Liberalismus und Sozialismus trennt, ist die verschiedene Stellung zum Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln. Es ist nur verwirrend, wenn man dies irgendwie anders darzustellen versucht.

Beim Sozialismus, meint Herkner, handelt es sich »um die Einführung eines Wirtschaftssystems, in dem die im Staate organisierte Gesellschaft unmittelbar die wirtschaftliche Existenzsicherung aller ihrer Angehörigen übernimmt, und zwar dadurch, daß an Stelle des Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Verwertung im Gewinninteresse privater Unternehmer der ganze Produktions- und Verteilungsprozeß im Sinne einer unmittelbaren Bedarfsdeckungswirtschaft zur Aufgabe der öffentlichen Gewalt erhoben wird« ²). Das ist zwar nicht sehr exakt, aber immerhin genügend deutlich ausgedrückt. Doch nun fährt Herkner fort: »Wenn dieses System mit liberalen Mitteln, d. h. ohne Vergewaltigung und Rechtsbruch, eingeführt würde und imstande wäre, nicht nur die

¹ Vgl. Herkner, Sozialpolitischer Liberalismus, I, S. 41.

² Vgl. Herkner, I, 43.

materielle Güterversorgung der Massen zu verbessern, sondern auch ein größeres Maß von individueller Freiheit zu verschaffen, so gäbe es keinen Einwand, der vom Standpunkt des Liberalismus dagegen erhoben werden könnte«¹). Wenn es also im Parlament zur Abstimmung über die Frage der Sozialisierung kommt, so könnten die Liberalen für die Gemeinwirtschaft stimmen, da sie doch in diesem Falle »ohne Vergewaltigung und Rechtsbruch eingeführt würde«, wenn nicht gerade die Bedenken bezüglich der materiellen Güterversorgung der Massen beständen!

Herkner scheint der Meinung zu sein, daß der ältere Liberalismus das Eigentum um seiner selbst willen und nicht um seiner sozialen Konsequenzen halber gefordert habe, und so gelangt er – und ähnlich ist es auch bei Wiese und bei Zwiedineck – dazu, hier einen Gegensatz zwischen dem älteren und dem heutigen Liberalismus zu konstruieren. So heißt es bei Herkner: »Während der ältere Liberalismus im Eigentum eine Institution des Naturrechtes erblickte, deren Sicherung neben dem Schutze der persönlichen Freiheit die erste Aufgabe des Staates bildete, wird jetzt das soziale Moment im Eigentum immer schärfer betont. Das Eigentum wird nicht mehr mit individualistischen Gründen verteidigt, sondern mit Gesichtspunkten sozialer und volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit«²). Ähnlich stellt Zwiedineck fest, daß man heute schon zu dem Optimismus hinneigen dürfe, »daß eine Eigentumsverfassung um ihrer selbst willen oder nur im Interesse der Eigentümer keinen dauernden Bestand haben würde«. Auch der moderne Liberalismus trete für das Eigentum aus Gründen »sozialer Zweckmäßigkeit« ein³).

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, zu prüfen, inwiefern die nichtliberalen Naturrechtstheorien das Eigentum als natürliche Kategorie verteidigen wollten. Aber das sollte doch allgemein bekannt sein, daß die älteren Liberalen Utilitarier waren (man wirft es ihnen oft genug vor) und daß es für sie eine Selbstverständlichkeit war, daß jede gesellschaftliche Institution und jede ethische Norm nicht um ihrer selbst willen und nicht um irgendwelcher Sonderinteressen willen, sondern nur um ihrer gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit willen vertreten werden können: Es ist nicht eine Fortentwicklung des Liberalismus in der Richtung zum Sozialismus

¹ Vgl. Herkner, I, 44.

² Vgl. Herkner, I, 49.

³ Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Zur Eigentums- und Produktionsverfassung, II, 447.

hin, wenn der moderne Liberalismus das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wegen seiner gesellschaftlichen Nützlichkeit und nicht um seiner selbst willen oder im Interesse der Eigentümer fordert.

»Aus Eigentum und Erbrechte heißt es dann weiter bei Herkner, »fließt auch arbeitsloses Einkommen. Der Liberalismus sympathisiert mit den Bestrebungen der Sozialisten, das arbeitslose Einkommen im Interesse der Gerechtigkeit und eines für alle Glieder der Gesellschaft gleichen Wettbewerbes zu bekämpfen«¹). Daß aus Eigentum arbeitsloses Einkommen fließt, ist so klar, wie daß die Armut von der Powerté kommt. Arbeitsloses Einkommen ist nämlich das Einkommen, das aus der Verfügung über die Produktionsmittel kommt. Wer das arbeitslose Einkommen bekämpft, muß das Sondereigentum an den Produktionsmitteln bekämpfen. Mit solchen Bestrebungen kann ein Liberaler nicht sympathisieren; tut er es doch, so ist er eben nicht mehr liberal.

Was ist in Herkners Augen eigentlich Liberalismus? Darauf erhalten wir folgende Antwort: »Liberalismus ist eine Weltanschauung, eine Art von Religion, ein Glaube; der Glaube an die natürliche Würde und Güte des Menschen, an seine hohe Bestimmung, an seine Verbesserungsfähigkeit durch die Mächte der natürlichen Vernunft und Freiheit, an den Sieg der Gerechtigkeit und Wahrheit. Ohne Freiheit keine Wahrheit. Ohne Wahrheit kein Triumph des Gerechten und kein Fortschritt, also keine Entwicklung, deren spätere Stufen immer als wertvoller als die vorangegangenen gelten dürfen. Was Sonnenlicht und Sauerstoff dem organischen Leben, das bedeuten Vernunft und Freiheit der geistigen Entwicklung. Weder einzelne Menschen noch ganze Klassen, Völker und Rassen dürfen als bloßes Mittel für die Zwecke anderer Menschen, Klassen, Völker und Rassen betrachtet werden«²). Das ist sehr schön und edel, aber leider auch so allgemein und nichtssagend, daß es ebenso gut auf Sozialismus, auf Syndikalismus und auf Anarchismus paßt. In dieser Begriffsbestimmung des Liberalismus fehlt das allein Entscheidende, nämlich das, daß der Liberalismus eine auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung als das soziale Ideal ansieht.

Bei solcher Fremdheit gegenüber dem Grundproblem des Liberalismus ist es dann nicht weiter erstaunlich, daß sich bei Herkner so ziemlich alle Mißverständnisse finden, die heute über

¹ Vgl. Herkner, I, 49.

² Vgl. Herkner, I, 39.

das Wesen des Liberalismus im Umlauf sind. So unter anderem: »Der moderne Liberalismus (soll heißen: der sozialpolitische Liberalismus) vertritt im Gegensatz zu dem älteren, der sich vor allem um die Beseitigung hemmender Fesseln bemühte, ein positives konstruktives Programm«¹⁾. Hätte Herkner den Grundgedanken des Liberalismus im Sondereigentum an den Produktionsmitteln gefunden, dann hätte er erkannt, daß das liberale Programm nicht weniger positiv und konstruktiv ist als irgendein anderes. Es ist die spezifische Denkungsart der Beamtenschaft – die nach Brentano »der einzige Resonanzboden« des Vereins für Sozialpolitik war²⁾ –, daß sie nur die Ideologie als konstruktiv und positiv ansieht, die möglichst viele Ämter und Beamte fordert, und jedem, der den Umfang der Staatsagenden vermindert sehen will, die Kennzeichnungen »negativer Kopf« und »Staatsfeind« anhängt.

Sowohl Herkner³⁾ als auch Wiese³⁾ betonen ausdrücklich, daß Liberalismus mit Kapitalismus nichts zu tun habe. Passow hat zu zeigen versucht, daß die vieldeutigen Worte »Kapitalismus«, »kapitalistische Wirtschaftsordnung« usw. politische Schlagworte sind, die – von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen – von Anfang an nicht gebraucht wurden, um die Tatsachen des Wirtschaftslebens objektiv zu klassifizieren und begreifen zu lehren, sondern um die – mehr oder minder zutreffend – erkannten Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu kritisieren, anzuklagen und zu verurteilen⁴⁾. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann ist es klar, daß wer im Liberalismus – mag er darunter was immer verstehen wollen – einen Wert erkennt, ihn von einer Kennzeichnung freisehen will, die als Herabsetzung, Schmähung und Beschimpfung empfunden wird. Aber schon wenn man die Feststellung Passows als richtig anerkennt, daß in den meisten Fällen, wo man mit dem Worte »Kapitalismus« überhaupt einen bestimmten Begriff verbindet, das Wesen der Sache in der Entwicklung und Ausbreitung großer Unternehmungen liegt⁵⁾, wird man nicht umhin können, zuzugeben, daß zwischen Liberalismus und Kapitalismus enge Beziehungen bestehen. Erst der Liberalismus hat die ideologischen Voraussetzungen geschaffen, die den modernen gewerblichen Großbetrieb ermöglicht haben. Gebraucht man aber den Ausdruck Kapitalismus zur Be-

¹ Vgl. Herkner, I, 47.

² Vgl. Brentano, a, a. O. S. 19.

³ Vgl. Herkner, I, 38; Wiese, Gibt es noch Liberalismus? I, 22.

⁴ Vgl. Passow, »Kapitalismus«, Jena 1918, S. 1 ff.

⁵ Ebendort, S. 132 ff.

zeichnung einer Wirtschaftsweise, in der die wirtschaftlichen Handlungen nach den Ergebnissen der Kapitalsrechnung ausgerichtet sind ¹⁾, so liegt die Sache nicht anders. Wie immer wir auch den Begriff »Kapitalismus« bestimmen wollen, stets wird es sich zeigen, daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nur im Rahmen einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung möglich war und ist. Man kann daher Wieses Behauptung, das Wesen des Liberalismus sei »durch sein geschichtliches Zusammentreffen mit dem Hochkapitalismus verdunkelt« worden, nicht zustimmen ²⁾.

Das, was den Kapitalismus als »unliberal« erscheinen lasse, erblickt Wiese »in der Gefühllosigkeit gegen fremde Not, in dem brutalen Gebrauch der Ellenbogen und in dem Streben nach Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen« ³⁾. Das sind einige Schlagworte aus dem bekannten Register der sozialistischen Klagen über die Verderbtheit und Verruchtheit des Kapitalismus, in denen die für die sozialistische Ideologie charakteristische Verkennung des Wesens und des Wirkens der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung zutage tritt. Wenn in der kapitalistischen Gesellschaft der Käufer ohne andere Rücksichten dort zu kaufen sucht, wo er die Ware am billigsten erhalten kann, ist das nicht »Gefühllosigkeit gegen fremde Not«. Wenn der überlegene Betrieb den minder rationell arbeitenden im Konkurrenzkampf zurückdrängt, liegt nicht »brutaler Gebrauch der Ellenbogen« und »Streben nach Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen« vor. Das, was in diesem Falle vorgeht, ist nicht etwa eine unerwünschte Begleiterscheinung oder ein »Auswuchs« des Kapitalismus und ist keineswegs etwa vom Liberalismus nicht gewollt worden. Im Gegenteil. Je schärfer der Konkurrenzkampf vor sich geht, desto besser erfüllt er seinen gesellschaftlichen Zweck, die Produktion zu rationalisieren. Daß der Fuhrmann durch die Eisenbahn, der Handweber durch die mechanische Weberei, der Schuhmacher durch die Schuhfabrik verdrängt wurden, ist nicht wider die Absicht des Liberalismus geschehen. Und wenn an die Stelle eines unzulänglich von kleinen Reedern mit Seglern besorgten Schifffahrtsdienstes eine große Dampfschiffahrtsgesellschaft, an die Stelle einiger Dutzend oder Hundert Fleischhauer eine große Schlächtereier-Aktiengesellschaft, an die Stelle einiger Hundert

¹ Vgl. meine Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 110 ff.

² Vgl. Wiese, I; 23.

³ Ebendort.

Krämer eine Handelsaktiengesellschaft treten, so liegt darin keine »Übermächtigung und Knechtung der Mitmenschen«.

Sehr richtig sagt Wiese, daß es Liberalismus »praktisch in ausreichendem Grade überhaupt noch nicht gegeben habe, und daß die Gemeinde der Liberalen erst geschaffen und erzogen werden müsse« ¹). So haben wir, selbst wenn wir die Gesellschaft des im Liberalismus einst tonangebenden England zur Zeit der Hochblüte des Kapitalismus betrachten, nur ein höchst unvollkommenes Bild von dem vor uns, was der voll entwickelte Kapitalismus zu leisten imstande wäre. Es ist heute üblich, alles, was dem Kritiker nicht gefällt, dem Kapitalismus zur Last zu legen. Wer gibt sich wohl Rechenschaft darüber, was er alles entbehren müßte, wenn es keinen »Kapitalismus« geben würde? Wem aber nicht alle Blümenträume reifen, der ist schnell dabei, den »Kapitalismus« zu beschuldigen. Das mag ein Verfahren sein, das für die politische Parteiarbeit geeignet erscheint. In der wissenschaftlichen Diskussion sollte man es besser meiden.

III. Macht oder ökonomisches Gesetz?

Zu den Irrtümern, an denen der Kathedersozialismus aller Spielarten am hartnäckigsten festzuhalten bestrebt ist, gehört der Glaube an die isolierten Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben. Nach dieser Auffassung gibt es, vom Syndikalismus abgesehen, drei denkbare Möglichkeiten für die Ordnung der Verfügung über die Produktionsmittel in der arbeitsteiligen Gesellschaft: Neben Gemeineigentum und Sondereigentum steht als dritte Möglichkeit das durch staatliche Vorschriften regulierte Eigentum Privater. Die Möglichkeit und Denkbarkeit dieses dritten Systems ist das Problem, das in der Antithese »Macht oder ökonomisches Gesetz« zur Diskussion gestellt wurde.

Für den Kathedersozialismus hatte diese Frage vor allem eine politische Bedeutung. Er konnte seinen Anspruch, eine unparteiische Mittelstellung zwischen Manchestertum und Kommunismus einzunehmen, nur dann aufrecht halten, wenn er ein Gesellschaftsideal empfahl, das »gleichweit« von den Idealen der beiden um die Oberhand ringenden Richtungen entfernt zu sein schien. Er konnte die Kritik, die am sozialistischen Gesellschaftsideal geübt worden war, nur dann als sein Ideal nicht treffend ansehen, wenn er verkannte, daß die isolierten Eingriffe in

¹ Vgl. Wiese, I, 16.

das Getriebe der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung ihren Zweck verfehlen, und daß die Ziele, die der Etatismus zu erreichen sucht, nur durch ein System erreicht werden könnten, in dem vom Sondereigentum an den Produktionsmitteln nichts als der bloße Name übrig gelassen wird und alle Produktion nach den Weisungen einer zentralen Stelle vollzogen wird. Zutreffend bemerkt Moeller, daß der Grund der Opposition, die von der jüngeren historischen Schule gegen die klassische Nationalökonomie ausging, ein wesentlich praktischer war; Schmoeller hätte »vor allem nicht durch die Vorstellung einer äußeren, vom Menschen unabhängigen Gesetzmäßigkeit des Geschehens den Weg zur wissenschaftlichen Begründung praktischer Sozialpolitik verbaut sehen« wollen. Doch er irrt, wenn er im Anschluß an Rists Bemerkung, daß von der klassischen Schule die allgemeine Gültigkeit der nationalökonomischen Gesetze gar nicht behauptet wurde, meint, daß »es die ‚Gesetze‘ der klassischen Schule nicht waren, die, wenn man sie richtig verstand, hier im Wege standen«¹⁾. Sie standen wohl im Wege, da sie zeigten, daß ein Eingriff in das Getriebe der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht imstande ist, den Erfolg herbeizuführen, den die Obrigkeit erzielen will, so daß für die Obrigkeit nur die Wahl besteht, entweder auf derartige Eingriffe zu verzichten oder ganze Arbeit zu machen und die Verfügung über die Produktionsmittel an sich zu ziehen und damit die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen. Diesem Tatbestand gegenüber verfehlten alle kritischen Bemerkungen der historisch-realistischen Schule das Ziel. Es hatte keine Bedeutung, auszuführen, daß die wirtschaftlichen Gesetze keine »Naturgesetze« seien und daß das Sondereigentum »nur« eine historisch-rechtliche und keine ewige Kategorie sei. Die neue Richtung hätte an Stelle der Theorie der Katallaktik, die die Physiokraten und die klassische Nationalökonomie ausgebaut hatten, ein anderes System setzen müssen, das obrigkeitliche Eingriffe in das Spiel des Marktes einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung nicht als sinnwidrig hätte erscheinen lassen. Da sie das nicht konnte, mußte sie jede und alle »theoretische« Untersuchung der Probleme der gesellschaftlichen Wirtschaft grundsätzlich ablehnen.

¹ Vgl. Moeller, Zur Frage der „Objektivität“ des wirtschaftlichen Prinzips (Archiv für Sozialwissenschaft, 47. Bd.) S. 163.

Man hat mitunter behauptet, daß es mehrere Nationalökonomien gebe. Man sieht, daß dies ebensowenig richtig ist, als wenn man die Behauptung aufstellen wollte, daß es mehrere Biologien oder mehrere Physiken gebe. Gewiß, es gibt in jeder Wissenschaft zur gleichen Zeit verschiedene Hypothesen und verschiedene Auffassungen und Streit um die Lösung konkreter Probleme. Doch der logische Charakter einer jeden Wissenschaft ist einheitlich. Das gilt auch von der Nationalökonomie, und der beste Beweis dafür, daß dem so ist, ist die Tatsache, daß die historisch-realistische Schule, die aus politischen Gründen mit der überkommenen und sich weiter entwickelnden Nationalökonomie der Theoretiker nicht einverstanden war, nicht etwa an die Stelle der bekämpften Lehre eine andere gesetzt hat, sondern grundsätzlich die Möglichkeit theoretischer Erkenntnis auf diesem Gebiet gelehrt hat.

Nationalökonomische Erkenntnis führt notwendigerweise zum Liberalismus. Denn sie zeigt einerseits, daß es für die Ordnung des Eigentumproblems in der arbeitsteiligen Gesellschaft nur zwei Möglichkeiten gibt: Das Sondereigentum und das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, und daß das angebliche Mittelding des »regulierten« Eigentums entweder sinnwidrig ist, weil es nicht zu den beabsichtigten Zielen führt und nichts anderes bewirkt, als Störung des Ablaufes der kapitalistischen Produktion, oder bis zur vollen Vergesellschaftung der Produktionsmittel getrieben werden muß. Sie zeigt andererseits – und diese Erkenntnis ist in voller Klarheit erst eine Errungenschaft der jüngsten Zeit –, daß eine arbeitsteilige Gesellschaft, die auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut ist, nicht lebensfähig wäre, weil in einer solchen Gesellschaft Geldrechnung und damit Rationalität nicht denkbar sind. Nationalökonomische Erkenntnis steht somit den heute die ganze Welt beherrschenden sozialistischen und syndikalistischen Ideologien im Wege. Daher der Kampf, der allenthalben gegen die Nationalökonomie und gegen die Nationalökonomien geführt wird.

Zwiedineck-Südenhorst versucht die unhaltbare Lehre von der neben Gemeineigentum und Sondereigentum angeblich möglichen dritten Gesellschaftsform in neuem Gewande vorzutragen. Es handle sich, meint er, »nicht bloß um die Eigentumsverfassung, sondern mindestens ebenso, wahrscheinlich aber ausschlaggebender, um die Gesamtheit jener Rechtsnormen, die sich als Überbau über irgendeiner Eigentums- und damit überhaupt Wirtschaftsverfassung erheben und als maßgebend für die Gestaltung des Zusammenwirkens der verschiedenen Produktionsfaktoren unab-

wendbar anzuerkennen sind (wobei verschiedene Produktionsfaktoren, eben nicht nur einerseits Kapital und Boden, andererseits Arbeit, sondern auch die verschiedenen Kategorien von menschlicher Leistung gegensätzlich zu verstehen sind): kurz eben das, was unter den Begriff der Produktionsverfassung fällt. Diese Produktionsverfassung kann nur den Zweck haben, die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse über die verschiedenen Produktionsfaktoren in den Dienst der gesamten Wirtschaft zu stellen, nur dann hat sie gesellschaftswirtschaftlichen Charakter. Natürlich sind dann insoweit diese Herrschaftsverhältnisse, also wieder die Eigentumsordnung, geradezu ein Teil der Produktionsverfassung. Aber daraus ist noch nicht zu schließen, daß die sie ergänzende Produktionsverfassung für die individualistische und für die kollektivistische Wirtschaft verschieden sein müssen, ja es ist geradezu die Frage, ob und worin sie verschieden sein kann¹). Hier haben wir, geadeso wie bei allen Vertretern des Etatismus, die Vorstellung, daß Rechtsnormen, die notwendig sind, um das Sondereigentum »in den Dienst der Gesamtwirtschaft zu stellen«, den Erfolg, den die Obrigkeit anstrebt, erreichen könnten. Zwiedineck hat denn auch erst vor kurzem zu dem Problem: »Macht oder ökonomisches Gesetz« in der für alle Anhänger der kathedersozialistischen Richtung kennzeichnenden Art Stellung genommen²).

Es ist bemerkenswert, daß alle diese Ausführungen nicht nur nichts Neues bringen, sondern daß sie auch alle alten, hundertmal widerlegten Irrtümer wieder auftischen. Es handelt sich nicht darum, ob »staatliche Macht« in das Wirtschaftsleben eingreifen »kann«. Kein Nationalökonom wird heute noch bestreiten wollen, daß z. B. das Bombardement einer Stadt oder ein Ausfuhrverbot »möglich« sind. Auch der Freihändler leugnet nicht, daß Zölle möglich sind; er behauptet nur, daß Schutzzölle nicht jene Wirkungen nach sich ziehen, die ihnen der Schutzzöllner zuschreibt. Und wer Preistaxen als unzweckmäßig ablehnt, will nicht bestreiten, daß die Behörde Preistaxen anordnen und über ihre Einhaltung wachen kann, sondern nur das, daß auf diesem Wege jenes Ziel erreicht werden kann, das sich die Obrigkeit bei der Erlassung der Preistaxen gesetzt hat.

¹ Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Zur Eigentums- und Produktionsverfassung, II, 430 f.

² Vgl. Zwiedineck-Südenhorst, Macht oder ökonomisches Gesetz? (Schmollers Jahrbuch, 49. Jahrgang, S. 273-292.)

IV. Der Methodenstreit.

Die Ausführungen, mit denen die Anhänger der historischen Schule die Zulässigkeit »theoretischere Untersuchungen auf dem Gebiete der Nationalökonomie ablehnten, haben schon in der Mitte der 70er Jahre eine treffende, unwiderlegbare Zurückweisung durch Walter Bagehot erfahren. Die beiden Methoden, die die historische Schule als die allein zulässigen bezeichnete, nennt Bagehot die »all case method« und die »single case method«. Jene will nur mit vollständiger Induktion arbeiten und sei der irrigen Meinung, daß dies der Weg sei, auf dem die Naturwissenschaften zu ihren Ergebnissen zu gelangen pflegen. Bagehot zeigt, daß dieser Weg ganz und gar ungangbar und daß auf ihm niemals in irgendeiner Wissenschaft ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden sei. Die »single case method«, die nur die Beschreibung konkreter geschichtlicher Vorgänge gelten lassen will, verkenne, daß es keine Wirtschaftsgeschichte und keine Wirtschaftsbeschreibung gebe – »unless there was a considerable accumulation of applicable doctrine before existing«¹).

Der Methodenstreit ist heute längst entschieden. Nie noch hat eine wissenschaftliche Erörterung mit einer vernichtenderen Niederlage der einen Richtung geendet als diese. Das wird erfreulicherweise auch in dem vorliegenden Sammelwerk rundweg zugegeben. So kommt Löwe in seinem auf gründlicher Beherrschung des Stoffes beruhenden Beitrag über die Konjunkturforschung auch kurz auf die Methodenfrage zu sprechen und weist mit treffenden Worten die Unhaltbarkeit der Einwendungen nach, die die Empiriker gegen die Theorie vorgebracht haben. Man muß leider Löwe auch dort recht geben, wo er feststellt, daß »der Irrglaube an die ‚unvoreingenommene‘ Tatsachenforschung, die die Arbeit einer ganzen deutschen Forschergeneration um ihren eigentlichen Ertrag gebracht hat« neuerdings in der amerikanischen Wissenschaft auftritt²). Noch bedauerlicher ist es freilich, daß wir trotz der gründlichen methodologischen Erörterungen der letzten Jahre auch in der deutschen Wissenschaft immer wieder aufs neue den alten, längst widerlegten Irrtümern begegnen. Bonn z. B. rühmt Brentano nach, daß es ihm in seinem Buch über »Agrarpolitik« nicht genügt habe, »das Gerippe eines Systems, losgelöst vom Fleisch des Lebens, zur Darstellung

¹ Vgl. Bagehot, The Postulates of English Political Economy (Works, Edited by Russell Barrington, London 1915, Vol. VII) S. 100-104.

² Vgl. Löwe, Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland, II, S. 365 f., S. 367 f.

zu bringen. Ihm graute vor blutleerer Abstraktion, vor der Abwandlung dürrer Begriffe, wie er sie in seiner Jugend kennengelernt hatte. Er suchte die Fülle des Lebens«¹). Ich muß gestehen, daß ich mir bei dem Ausdruck »Fleisch des Lebens« nichts vorstellen kann. Die Verbindung des Eigenschaftswortes »blutleer« mit dem Hauptwort »Abstraktion« empfinde ich als sinnwidrig. Was soll der Gegensatz zu »blutleerer« Abstraktion sein? Etwa »blutige« Abstraktion? Abstrakte Begriffe kann keine Wissenschaft meiden; wem vor ihnen graut, der bleibe der Wissenschaft fern und sehe zu, ob und wie er im Leben ohne sie auszukommen vermag. Schlagen wir Brentanos Agrarpolitik auf, so finden wir in ihr eine Fülle von Erörterungen über Grundrente, Bodenpreis, Kosten u. dgl., also lauter theoretische Untersuchungen, die selbstverständlich mit Abstraktionen und abstrakten Begriffen arbeiten²). Jede Untersuchung, die in irgendeiner Weise zu volkswirtschaftlichen Fragen Stellung nimmt, muß »theoretisieren«. Der Empiriker weiß freilich nicht, daß er Theorie treibt, so wenig Monsieur Jourdain wußte, daß das, was er immer gesprochen hatte, Prosa war. Und weil die Empiriker dies nicht wissen, übernehmen sie achtlos Theorien, die unvollkommen und geradezu falsch sind, und vermeiden es, die Theorien dadurch zu prüfen, daß sie sie bis ans Ende folgerichtig durchdenken. Man kann zu jeder »Tatsache« unschwer eine erklärende Theorie konstruieren; erst wenn man die einzelnen Theorien zu einem Gesamtsystem zusammenschließt, kann man sich über Wert und Unwert der gefundenen »Erklärung« orientieren. Das gerade aber hat die historische Schule abgelehnt: Sie wollte es nicht gelten lassen, daß man Theorien bis ans Ende durchdenken und daß man sie zu einem einheitlichen System zusammenfassen muß. Ihr fehlten Wille und Kraft zum System. Sie hat eklektisch Brocken aller möglichen Theorien verwendet, wahl- und kritiklos bald dieser, bald jener Meinung folgend.

Doch die Kathedersozialisten haben nicht nur selbst kein System aufgestellt, sie haben auch in der Kritik des Systems der modernen theoretischen Nationalökonomie ganz und gar versagt. Die fruchtbare Kritik, die zur Weiterbildung der Wissenschaft unentbehrlich ist, ist der subjektivistischen Wertlehre nicht von außen zugekommen, sondern in ihren eigenen Reihen entstanden. Unter ihrem Einfluß hat sich die große Wandlung der letzten Jahrzehnte vollzogen. Selbst die Tatsache dieser Entwicklung im System der

¹ Vgl. Bonn, Geleitwort: Lujo Brentano als Wirtschaftspolitiker, I, 4.

² Vgl. Brentano, Agrarpolitik, Stuttgart 1897, S. 60 ff., 83 ff.

theoretischen Nationalökonomie ist den Anhängern der historischen Schule entgangen. Sie haben, wenn sie von der modernen Nationalökonomie sprechen, noch immer den Stand von 1890 vor Augen, als eben Mengers und Böhm-Bawerks Leistungen im großen und ganzen abgeschlossen vorlagen. Was seither in Europa und Amerika geleistet wurde, ist ihnen ziemlich fremd geblieben.

Die Kritik, die die Vorkämpfer des Kathedersozialismus an den Lehren der theoretischen Nationalökonomie übten, war meist wenig sachlich und, ohne ersichtlichen Grund, nicht frei von persönlicher Gehässigkeit. Oft tritt – ganz wie in den Schriften von Marx und seinen Schülern – an Stelle einer Kritik ein mehr oder weniger geschmackvoller Witz. Brentano glaubte eine – nebenbei bemerkt, in den 17 Jahren, die seit ihrem Erscheinen verstrichen sind, von niemand als richtig anerkannte – Kritik der Böhm-Bawerkschen Kapitalzinstheorie durch den Satz einleiten zu müssen: »Wie mir ein Student im ersten Semester treffend bemerkte«¹). Der russische Professor Totomianz, ein Armenier, sagt in seiner »Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus«: »Einer der deutschen Kritiker der psychologischen Schule bemerkt höchst ironisch, doch nicht ohne Kern von Wahrheit, daß der Boden, auf welchem die österreichische Schule gewachsen ist, die Stadt Wien mit ihrer zahlreichen Studentenschaft und Offizieren gewesen ist. Für einen jungen, nach Vergnügungen haschenden Studenten werden die jetzigen Güter natürlich viel wertvoller erscheinen als die zukünftigen. Ebenso wird ein glänzender, doch stets an Geldmangel leidender Offizier einen jeglichen Prozentsatz für das ihm geliehene Geld zahlen«²). Das Werk, das diese tiefsinnige Kritik der Böhm-

¹ Vgl. Brentano, Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft, Leipzig 1924, S. 113. (Die Sperrung ist von mir.)

² Vgl. V. Totomianz, Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus, Jena 1925, S. 152. Auch abgesehen von der im Texte angeführten »Kritik« Böhm-Bawerks stellt sich die Arbeit von Totomianz als ein durchaus unzulänglicher und verfehlter Versuch dar. So heißt es z. B. auf S. 146: »Während Mengers Verdienst hauptsächlich in der Ausarbeitung einer neuen Methodologie liegt, haben die zwei anderen Vertreter der österreichischen Schule, Böhm-Bawerk und Wieser, eine recht scharfsinnige psychologische Werttheorie aufgebaut.« Aus dieser Formulierung müßte man schließen, daß Menger sich um die Ausarbeitung der neuen Werttheorie weniger verdient gemacht habe als Böhm-Bawerk und Wieser, was durchaus nicht zutrifft. Die Darstellung der Lehre der Grenznutzentheorie beginnt Totomianz mit folgenden Ausführungen: »Die Wirtschaft besteht aus Gütern. Diese Güter stehen in einem gewissen Verhältnis zum menschlichen Wohlsein. Dieses Verhältnis zum Wohlstand drückt sich in zwei verschiedenen Graden oder Stufen aus: in einer niederen und einer höheren. Wir haben es mit der höheren zu tun, wenn das Gut nicht nur brauchbar, sondern auch

Bawerkschen Lehre enthält, erschien in russischer Sprache. Seine französische Übersetzung wurde von Rist, seine italienische von Loria und seine tschechische von Masaryk mit einem Vorwort eingeleitet. In dem Vorwort zur deutschen Ausgabe rühmt Herkner seine Darstellung als »volkstümlich und anschaulich«; alles, was an bedeutenden und fruchtbaren Gedanken in England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Italien, Rußland und Amerika hervorgebracht worden ist, finde bei Totomianz »liebe- und verständnisvolle Beachtung«. Totomianz verfüge »über eine staunenswerte Befähigung, so verschiedenartigen Geistern wie Fourier, Ruskin, Marx, Rodbertus, Schmoller, Menger und Gide in gleicher Weise gerecht zu werden«¹). Dieses Urteil Herknners ist um so merkwürdiger, als es doch von einem genauen Kenner der Dogmengeschichte herrührt²).

Der Brentanosche Flügel der empirisch-realistischen Richtung hat übrigens im Methodenstreit eine vorsichtigeren Haltung eingenommen als die Anhänger Schmollers. Brentano persönlich muß man es überdies als besonderes Verdienst anrechnen, daß er schon vor einem Menschenalter an den wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten der Schule scharfe Kritik geübt hat. »Gar mancher«, hieß es da, »der nichts anderes als einen Auszug aus wirtschaftlichen Akten gemacht hat, meint damit eine nationalökonomische Abhandlung geschrieben zu haben. Als ob nicht, wenn der Aktenauszug da ist, die Arbeit des Nationalökonomen erst anginge! Denn erst dann gilt es das darin Enthaltene festzustellen, es zu einem lebensvollen Bilde zusammenzufassen und die aus dem Stück Leben, was so bekannt geworden, sich ergebenden Lehren zu ziehen. Dazu reicht dann freilich der Fleiß im Fertigen von Aktenauszügen nicht aus. Es gehören dazu Anschauung, Kombinationsgabe, Scharfsinn und die wichtigste wissenschaftliche Gabe: in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Gemeinsame erkennen zu können³). Wo dies fehlt, erhalten wir nichts als uninteressante Einzelheiten Wirtschaftsgeschichtliche Abhandlungen dieser

für die Wohlfahrt notwendig ist, so daß im Zusammenhang mit dem Besitz oder Verlust des Gutes irgendein Verbrauch oder Genuß verloren geht.« Die Ausführungen über die anderen Nationalökonomen sind nicht besser. Da ich der russischen Sprache nicht mächtig bin, vermag ich nicht zu entscheiden, ob der Widersinn auf Rechnung des russischen Originals oder der deutschen Übersetzung zu setzen ist.

¹ Ebendort, S. 7 f.

² Vgl. Herkner, Die Geschichte der Nationalökonomie (Festschrift für Lujjo Brentano zum siebzigsten Geburtstag, München und Leipzig 1916), S. 223-235.

³ Von mir gesperrt.

Art sind dann für die Nationalökonomie gänzlich wertlos«¹). Und wohl im Hinblick auf die etatistischen Tendenzen der der Schmollerschen Schule entstammenden Arbeiten nennt Brentano es eine Verirrung, »Begeisterung-verbrämte Archivauszüge mit nationalökonomischen Untersuchungen und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen zu verwechseln«²).

V. Die nationalökonomischen Doktrinen des Sozialliberalismus.

Seinen Grundsätzen getreu hat der Kathedersozialismus kein System der Nationalökonomie aufgestellt, wie es auf der einen Seite die Physiokraten und die Klassiker, auf der anderen Seite die moderne subjektivistische Nationalökonomie versucht haben. Es war ihm gar nicht darum zu tun, ein System der Katallaktik aufzubauen.

Marx hat das System der Klassiker ohne weiteres übernommen und aus ihm die Einsicht geschöpft, daß es in der arbeiteteilenden Gesellschaft neben der auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung und der auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhenden keine dritte Organisationsmöglichkeit gebe. Alle Versuche, dies zu verkennen, hat er als »kleinbürgerlich« verhöhnt. Der Standpunkt des Etatismus ist ein anderer. Er trat von vornherein an die Dinge nicht mit dem Drange, sie zu verstehen, sondern mit der Absicht, sie zu richten, heran; er brachte eine vorgefaßte ethische Meinung mit, ein: »So soll es sein!« und »So soll es nicht sein!« Ihm erscheinen die Dinge, solange der Staat sich nicht einmischt, ganz chaotisch. Erst das Einschreiten der Obrigkeit setzt der Willkür der selbstsüchtigen Interessenten ein Ende. Die Vorstellung, daß eine Gesellschaftsordnung auf Grundlage einer Verfassung bestehen könnte, in der der Staat nichts weiter tut als das Sondereigentum an den Produktionsmitteln schützen, erscheint ihm so absurd, daß er nur Hohn für die »Staatsfeinde« übrig hat, die eine solche »prästabilierte Harmonie« annehmen. Es sei ganz und gar unlogisch, behauptet er weiter, jeden »Eingriff« des Staates in das Wirtschaftsleben abzulehnen, da dies zum Anarchismus führe. Läßt man aber Eingriffe des Staates zum Schutze des Sondereigentums zu, so sei es inkonsequent, darüber hinausgehende Eingriffe grundsätzlich abzulehnen. Als die einzig vernünftige Ordnung der Wirtschaft erscheint den Etatisten ein

¹ Vgl. Brentano, Über den grundherrlichen Charakter des hausindustriellen Leinengewerbes in Schlesien (Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, I. Bd., 1893) S. 319 f.

² Ebendort, S. 322.

Gesellschaftsideal, in dem das Sondereigentum zwar dem Namen nach bestehen bleibt, faktisch aber dadurch beseitigt wird, daß der Staat die oberste Leitung der Produktion und der Verteilung in der Hand behält. Der Zustand, der zur Zeit der Hochblüte des Liberalismus bestanden hat, sei dadurch entstanden, daß der Staat seine Pflichten versäumt und den Interessenten zu viel Freiheit gewährt habe. Bei solchen Anschauungen ist die Aufstellung eines Systems der Katallaktik entbehrlich, ja widersinnig.

Das geeignetste Beispiel für die Ideologie des Wohlfahrtsstaates gibt die Zahlungsbilanztheorie. Wenn der Staat nicht eingreift, kann es geschehen, daß ein Land seinen ganzen Vorrat an Geldmetall verliert, lautet, auf die einfachste Form gebracht, ihre ältere, die merkantilistische Fassung. Die Klassiker zeigen demgegenüber, daß die Gefahr, die der Merkantilist an die Wand malt, nicht besteht, weil Kräfte wirksam sind, die auf die Dauer eine Geldauspowerung unmöglich machen. Die Quantitätstheorie ist daher dem Etatisten stets anstößig erschienen. Seine Gunst schenkte er der Bankingtheorie. Die Currencytheorie war in Deutschland seit dem Siege der historischen Schule geradezu in Acht und Bann getan. Die Lehren der Bankingtheorie finden wir bei Karl Marx ¹⁾ und bei Adolf Wagner, bei Helfferich und bei Hilferding, bei Havenstein und bei Bendixen.

Nach zwei Menschenaltern der Herrschaft des Eklektizismus und der Meidung reinlicher Begriffsbildung wird es heute vielen selbst schwer, auch nur zu erkennen, worin der Gegensatz zwischen den beiden berühmten englischen Schulen zu suchen ist. So staunt Palyi darüber, daß »ein entschiedener Anhänger der Bankingge-

¹ Marx hat nicht erkannt, daß er durch die Annahme der Bankingtheorie die Grundlagen anerkannte, auf denen sich die Tauschbankideen Proudhons aufbauten. Marx hatte überhaupt vom Bankwesen keine klare Vorstellung; er folgte vielfach kritiklos den Behauptungen der Banking-Theoretiker. Wie wenig er die Probleme beherrschte, zeigt jede von den spärlichen Bemerkungen, die er den Exzerpten beifügte, so die über den katholischen Charakter des Monetarsystems und den protestantischen Charakter des Kreditsystems (Das Kapital, III. Bd., II. Teil, Dritte Auflage, Hamburg 1911, S. 132). Noch charakteristischer ist eine andere Bemerkung, die er an das Grundaxiom der Bankinglehre, »man hat nur eine bestimmte Quantität von Ein-Pfund-Noten in die Zirkulation zu werfen, um ebensoviele Sovereigns hinauszuwerfen« anknüpft: »Ein allen Banken wohlbekanntes Kunststück« (ebendort, I. Bd., 7. Aufl., Hamburg 1914, S. 84). Was sollte dieses «Kunststück» den Banken? Ein Interesse daran, Sovereigns durch die Ausgabe von Noten an sich zu ziehen, hatten sie doch nicht; sie hatten allein ein Interesse daran, durch vermehrte Notenausgabe mehr Kredite erteilen zu können und daher höhere Zinseneinnahmen zu erzielen. Dieses »Kunststück«, war allen Banken wohlbekannt, doch nicht jenes.

danken, M. Ausiaux, gelegentlich für den Comptabilismus von Solvay eintritt«¹). Man sollte doch nicht verkennen, daß der Comptabilismus und alle verwandten Systeme nichts anderes als die folgerichtige Anwendung der Lehren der Bankingtheorie sind. Wenn die Banken nicht mehr Noten in den Verkehr zu pumpen imstande sind als benötigt werden (»Elastizität des Umlaufes«), dann kann doch kein Bedenken gegen die Durchführung der Solvayschen Geldreform obwalten.

Den Standpunkt des Etatismus, der es erklärt, daß er nicht ein Wort zu dem hinzuzufügen wußte, was auch schon der alte Merkantilismus verkündet hatte, und daß seine ganze Theorie sich darauf beschränkte, auf die böse Veranlagung der Untertanen (der »Interessenten«) hinzuweisen²), die man nicht sich selbst überlassen dürfe, konnte der Sozialliberalismus nicht teilen. Der Sozialliberalismus mußte daher wohl oder übel zu zeigen suchen, wie sich das Zusammenwirken der Glieder der Tauschgesellschaft in seinem Gesellschaftsideal ohne Mitwirkung der Obrigkeit abspielt. Eine umfassende Theorie hat jedoch auch der Sozialliberalismus nicht aufgestellt. Ein Teil seiner Anhänger stand wohl auf dem Standpunkt, daß es angesichts der noch nicht hinreichenden Vorbereitung durch Sammlung von Material noch nicht an der Zeit sei, die Mehrzahl wird die Nötigung hierfür überhaupt nicht eingesehen haben. Wo sich die Notwendigkeit ergab, theoretische Sätze heranzuziehen, haben die Sozialliberalen sie gewöhnlich dem klassischen System, meist in dem Gewande des Marxismus, entlehnt. Auch hierin unterscheiden sich die Sozialliberalen von den Etatisten, die es vorzogen, auf den Merkantilismus zurückzugreifen.

Doch der Sozialliberalismus hat auch versucht, einen selbständigen Beitrag zur Theorie beizusteuern, die Lehre von den Wirkungen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter auf den Lohn. Weder die klassische Theorie noch die moderne Theorie vermochte man hier heranzuziehen. Marx war ganz folgerichtig, wenn er die Frage, ob durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Lohn gesteigert werden könnte, verneinte. Erst Brentano und die Webbs haben sich bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Einkommen der gesamten Lohnarbeiterschaft durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß dauernd gehoben

¹ Vgl. Palyi, Ungelöste Fragen der Geldtheorie, II, 514.

² Nur Untertanen haben eigensüchtige »Sonderinteressen« und wissen nicht, was ihnen frommt. Die Beamten und der Landesfürst sind immer selbstlos und weise.

werden könne. Die Brentano - Webbsche Theorie ist das Hauptlehrstück des Sozialliberalismus. Sie hat freilich der wissenschaftlichen Kritik nicht standzuhalten vermocht. Es sei hier nur auf die Ausführungen von Pohle ¹⁾ und von Adolf Weber ²⁾ verwiesen. Zu demselben Ergebnis gelangte Böhm-Bawerk in seiner letzten Arbeit ³⁾. Niemand wagt es heute noch ernstlich, die Brentano - Webbsche Lehre zu vertreten. Es ist charakteristisch, daß in der umfangreichen Festschrift keine Arbeit über Lohntheorie und über Lohnpolitik der Gewerkschaften enthalten ist. Cassau stellt nur fest, daß die Gewerkschaftsbewegung vor dem Krieg »ohne eigentliche Lohntheorie« arbeitete ⁴⁾.

Schmoller hat in der Besprechung der ersten Auflage des Buches von Adolf Weber dem Nachweis, daß es regelmäßig nicht möglich sei, lediglich durch Vorenthaltung der Arbeitskraft – ohne Produktivitätssteigerung – den Soziallohn zu steigern, entgegengehalten, daß »derartige theoretische abstrakte Preiserörterungen« zu keinem brauchbaren Ergebnis führen könnten. Wir könnten ein »sicheres Urteil« nur abgeben, »wenn wir diese feinen komplizierten Prozesse alle zahlenmäßig messen könnten«. Adolf Weber will darin eine Bankerotterklärung unserer Wissenschaft sehen ⁵⁾. Doch der Etatist braucht sich um den Bankerott der Katallaktik nicht zu kümmern; der folgerichtige Etatist leugnet ja überhaupt den Bestand einer Gesetzmäßigkeit im Ablauf der Markterscheinungen. Und jedenfalls weiß der Etatist als Politiker einen Ausweg aus dem Dilemma: Der Staat bestimmt die Höhe der Löhne. Für den Sozialliberalismus aber ist nicht erst die Widerlegung der Brentano - Webbschen Lehre fatal. Selbst wenn man sie gelten lassen wollte – was, wie gesagt, nach den Ausführungen von Adolf Weber, Pohle und Böhm-Bawerk kaum noch jemand wagen wird –, bliebe noch die entscheidende Frage zu beantworten. Wenn nämlich die Gewerkschaften tatsächlich die Macht hätten, den Durchschnittslohn aller Arbeiter

¹ Vgl. Pohle, Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre, zweite Ausgabe, Leipzig 1921, S. 29 ff.

² Vgl. Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zweite Auflage, Tübingen 1920, S. 411 ff.

³ Vgl. Böhm-Bawerk, Macht oder ökonomisches Gesetz? (Gesammelte Schriften, hrsg. von Weiß, Wien 1924) S. 230 ff.

⁴ Vgl. Cassau, Die sozialistische Ideenwelt vor und nach dem Kriege, I, 136.

⁵ Vgl. Adolf Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, a. a. O., S. 405.

über jenen Satz hinaus zu steigern, der sich ohne ihr Einwirken ergeben hätte, dann muß man wohl fragen: Bis zu welcher Höhe kann diese Steigerung gehen? Kann der Durchschnittslohn so hoch steigen, daß er das ganze »arbeitslose« Einkommen verschlingt und daß er vom Kapitalstock getragen wird? Oder gibt es eine Grenze, bei der diese Steigerung früher Halt machen muß? Es ist das jenes Problem, das die »Machttheorie« gegenüber jedem Preis zu beantworten hat; sie hat bis heute freilich nicht einmal den Versuch gemacht, es zu lösen.

Man darf das Machtproblem nicht so behandeln, wie es der ältere Liberalismus getan hat, wenn er die Eingriffe der Zwangsgewalt als »unmöglich« erklärte. Darüber, daß die Gewerkschaften, wenn der Staat ihnen durch Verweigerung wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen Hilfe leistet, und entweder Arbeitslosenunterstützungen gezahlt werden oder die Unternehmer zur Einstellung von Arbeitern gezwungen werden, wohl imstande sind, die Löhne so hoch hinaufzutreiben, als sie wollen, kann kein Zweifel bestehen. Dann aber ergibt sich folgendes:

Die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe sind in der Lage, dem Rest der Bevölkerung gegenüber jeden beliebigen Lohn durchzusetzen.

Aber auch davon abgesehen: Die Überwälzung der Lohnsteigerung auf die Preise der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter kann wohl von den Arbeitern getragen werden, nicht aber von den Kapitalisten und den Unternehmern, deren Einkommen durch die Lohnsteigerung nicht erhöht wurde. Diese Schichten müssen also die Akkumulation einschränken oder weniger verzehren oder gar das Kapital angreifen. Was sie tun und in welchem Ausmaße sie es tun, hängt von dem Ausmaße der Schmälerung ihres Einkommens ab. Doch darüber wird wohl Übereinstimmung herrschen, daß die Beseitigung oder auch nur wesentliche Verkürzung des Unternehmer- und Besitzeinkommens auf diesem Wege nicht denkbar ist, ohne daß es zumindest zur Verminderung oder Einstellung der Kapitalneubildung, mit größter Wahrscheinlichkeit (da doch nicht abzusehen ist, was die Gewerkschaften abhalten sollte, ihre Forderungen nicht so hoch zu stellen, daß das ganze »arbeitslose« Einkommen verschwindet) aber zur Kapitalsaufzehrung kommt; daß aber die Aufzehrung von Kapital der Weg nicht sein kann, auf dem auf die Dauer das Einkommen der Arbeiter erhöht werden kann, ist klar.

Die Wege, die Etatismus und Sozialliberalismus einschlagen wollen, um das Einkommen der Lohnempfänger zu erhöhen, gehen auseinander. Aber keiner von beiden führt zum Ziel. Auch der

Sozialliberalismus steht, da er doch unmöglich Verminderung oder Einstellung der Kapitalneubildung oder gar Kapitalaufzehrung wollen kann, schließlich vor dem: Entweder Kapitalismus oder Sozialismus. Tertium non datur.

VI. Der Begriff der Sozialpolitik und die Krise der Sozialpolitik.

Nahezu alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen der beiden letzten Menschenalter zielen dahin, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wohl nicht dem Namen nach, aber in der Sache Schritt für Schritt zu beseitigen und an die Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine sozialistische zu setzen. Das hat Sidney Webb schon vor Jahrzehnten erkannt und in den Fabian Essays klar ausgesprochen ¹⁾. So wie das Bild, das sich die einzelnen Richtungen des Sozialismus von der anzustrebenden künftigen Gesellschaftsordnung machen, verschieden war, so mußten auch ihre Anschauungen über den Weg, auf dem man dieses Ziel erreichen könnte, verschieden sein. Es gibt Fragen, in denen alle Richtungen so ziemlich Hand in Hand gingen. In anderen Fragen wieder bestanden die größten Gegensätze, so z. B. in der Frage der Fabriksarbeit verheirateter Frauen oder in der Frage des Schutzes des Handwerkes gegen den Wettbewerb der Großindustrie. Volle Übereinstimmung bestand jedoch in der Ablehnung des Gesellschaftsideals des Liberalismus; so sehr die einzelnen Richtungen auch untereinander verschieden waren, im Kampfe gegen das »Manchestertum« standen sie zusammen. In diesem Punkte zumindest begegnen sich auch die Vorkämpfer des Kathedersyndikalismus mit jenen des reinen Etatismus.

Für diese auf schrittweise Verdrängung des Kapitalismus durch eine sozialistische oder syndikalistische Gesellschaftsform gerichteten Bestrebungen kam allmählich die Bezeichnung Sozialpolitik auf. Eine genauere Begriffsbestimmung dieses Ausdruckes wurde unterlassen, wie denn überhaupt scharfe Begriffsabgrenzungen nicht die Sache der historischen Schule waren. Der Gebrauch des Wortes Sozialpolitik blieb schwankend. Erst in den letzten Jahren gingen die Sozialpolitiker, von der Kritik der Nationalökonomie bedrängt, an den Versuch, den Begriff der Sozialpolitik zu definieren.

Am klarsten hat wohl Sombart das Wesen dessen erkannt, was die Sozialpolitik ausmacht. »Unter Sozialpolitik«, schrieb er 1897, »verstehen wir diejenigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik,

¹ Vgl. Sidney Webb, Die historische Entwicklung (Englische Sozialreformer, hrsg. von Grunwald, Leipzig 1897) S. 44.

die Erhaltung, Förderung oder Unterdrückung bestimmter Wirtschaftssysteme oder ihrer Bestandteile zum Zweck oder zur Folge haben«¹). Amonn hat an dieser Definition manches mit Recht ausgesetzt, vor allem das, daß Maßnahmen immer nur durch ihren Zweck, nicht aber durch ihre Folgen im Rahmen der Politik charakterisiert werden können, und daß die Sozialpolitik über das Gebiet, das man üblicherweise als Wirtschaftspolitik bezeichnet, hinausgeht²). Doch das Entscheidende ist, daß Sombart das Ziel der Sozialpolitik in der Änderung des Wirtschaftssystems erblickt. Berücksichtigt man, daß Sombart, als er dies schrieb, ganz auf dem Boden des Marxismus stand, so daß ihm als einzig denkbare Sozialpolitik der Zeit eine auf die Herbeiführung des Sozialismus gerichtete Politik erschien, so muß man zugestehen, daß er den wesentlichen Punkt richtig erkannt hat. Ein Mangel seiner Begriffsbestimmung liegt allein darin, daß sie auch die auf die Verwirklichung des liberalen Programms gerichteten Bestrebungen der Zeit, in der, um mit Marx zu sprechen, das Bürgertum noch eine revolutionäre Klasse war, in die Sozialpolitik einschließt, wie denn Sombart auch ausdrücklich die Bauernbefreiung als Beispiel einer sozialpolitischen Maßnahme anführt. Gerade darin sind ihm viele nachgefolgt. Immer wieder hat man den Versuch unternommen, den Ausdruck Sozialpolitik in einer Weise zu definieren, die auch auf andere wirtschaftspolitische Maßnahmen als auf solche, die die Herbeiführung eines sozialistischen Zustandes bezwecken, paßt³).

Es hat wenig Sinn, sich mit dem unfruchtbaren Streit um den Begriff der Sozialpolitik eingehender zu befassen. Dieser Streit ist gerade in den letzten Jahren sehr heftig entbrannt. Er wurde ausgelöst durch die Krise, in die Sozialismus und Syndikalismus jeder Richtung mit dem Sieg der marxistischen Sozialdemokratie und der ihr nahestehenden Gruppen getreten waren.

Der preußische Etatismus und, seinem Vorbild folgend, der Etatismus einiger anderer unter dem geistigen Einfluß Deutschlands stehender Staaten war schon vor dem Kriege auf dem Wege zum Sozialismus so weit gegangen, als es ohne allzu sichtbare Schädigung der Volkswirtschaft und allzu starke Herabsetzung der Produk-

¹ Vgl. Sombart, Ideale der Sozialpolitik (Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, X. Bd.) S. 8 ff.

² Vgl. Amonn, Der Begriff der »Sozialpolitik« (Schmollers Jahrbuch, 48. Jahrgang, 1924) S. 160 ff.

³ Es ist charakteristisch, daß die historische Schule, die im übrigen nur historische Kategorien kennt, gerade den Begriff der Sozialpolitik so fassen will, daß man auch von altbabylonischer und von aztekischer Sozialpolitik reden könne.

tivität der Arbeit unter den gegebenen Verhältnissen nur überhaupt möglich war. Niemand, dessen Blick nicht durch Parteipolitik getrübt ist, wird leugnen können, daß Preußen-Deutschland der wilhelminischen Ära besser als früher oder später irgendein anderes Volk geeignet war, sozialistische Versuche zu unternehmen. Die Überlieferung des preußischen Beamtentums, die Auffassung, die alle Gebildeten vom Beruf des Staates hatten, die militärisch-hierarchische Gliederung der Bevölkerung, ihre Neigung, den Befehlen der Obrigkeit blindlings zu gehorchen, all das schuf Voraussetzungen für den Sozialismus, die sonst nirgends gegeben waren oder sind. Nie wird es Männer geben, die besser für die Arbeit in leitenden Stellungen eines sozialistischen Gemeinwesens geeignet sein werden als die Oberbürgermeister deutscher Städte oder die Direktoren der preußischen Eisenbahndirektionen. Sie haben alles getan, was getan werden kann, um gemeinwirtschaftliche Betriebe möglich zu machen. Wenn das System dennoch versagt hat, so zeigt dies am besten, daß es undurchführbar ist.

Da kamen mit einem Schlage in Deutschland und in Österreich die marxistischen Sozialdemokraten ans Ruder. Jahrzehntelang hatten sie immer wieder und immer wieder verkündet, daß ihr echter Sozialismus mit dem falschen Sozialismus der Etatisten nicht das geringste gemein habe, und daß sie es einst ganz anders machen würden als die Bürokraten und Professoren. Nun sollten sie zeigen, was sie können. Sie konnten aber nichts anderes als ein neues Schlagwort erfinden, das Wort »Sozialisierung«. 1918 und 1919 haben in Deutschland und in Österreich alle politischen Parteien die Sozialisierung geeigneter Betriebszweige auf ihr Programm gesetzt. Es gab keinen Schritt auf dem Wege zur restlosen Durchführung des reinen Sozialismus marxistischer Richtung, der damals auf ernstlichen Widerstand gestoßen wäre. Doch was durchgeführt wurde, ging weder in der Richtung noch im Maße über das hinaus, was auch schon früher von Kathedersozialisten empfohlen und vielfach auch schon versucht worden war. Nur einige Phantasten in München dachten, daß man das Beispiel, das Lenin und Trotzki im agrarischen Rußland gegeben hatten, im industriellen Deutschland nachahmen dürfe, ohne eine Katastrophe von unerhörter Größe herbeizuführen.

Der Sozialismus ist nicht am Widerstand der Ideologie gescheitert. Die herrschende Ideologie ist auch heute noch sozialistisch. Er scheiterte an seiner Undurchführbarkeit. Jeder Schritt, der uns von der Gesellschaftsordnung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln wegführt, setzt die Produktivität herab, bringt

somit Elend und Not. Und weil man das nicht mehr länger verkennen konnte, weil es sich um so deutlicher dem allgemeinen Bewußtsein aufdrängen mußte, je weiter man auf dem Wege zum Sozialismus fortschritt und je stärker man damit die Produktivität der Arbeit herabsetzte, hat man sich genötigt gesehen, nicht nur mit dem Weiterschreiten auf der Bahn zum Sozialismus haltzumachen, sondern auch schon getroffene sozialistische Maßnahmen abzubauen. Selbst die Sowjets mußten nachgeben. Auf dem Lande haben sie nicht die Vergesellschaftung von Grund und Boden durchgeführt, sondern seine Verteilung an die Landbevölkerung. In Gewerbe und Handel mußten sie an Stelle des reinen Sozialismus die »neue Wirtschaftspolitik« treten lassen. Die Ideologie hat diesen Rückzug nicht mitgemacht. Sie hält noch immer starr an dem fest, was sie vor Jahrzehnten verkündet hat, und sucht den Mißerfolg des Sozialismus auf alle mögliche Weise, nur nicht aus seiner grundsätzlichen Undurchführbarkeit zu erklären.

Nur wenige von den vielen, die dem Sozialismus den Weg bereiten wollten, haben erkannt, daß die Niederlage des Sozialismus nicht zufällig, sondern notwendig war. Manche von ihnen sind noch weiter gegangen und haben folgerichtig zugegeben, daß alle sozialpolitischen Maßnahmen keine andere Wirkung haben, als die Produktivität der einzig möglichen, auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Wirtschaftsordnung herabzusetzen, daß sie kapital- und vermögensaufzehrend wirken, daß sie destruktivistisch sind. Die Abkehr dieser Männer von den Idealen, die sie einst vertreten haben, ist es, die man in der wirtschaftspolitischen Literatur als Krise der Sozialpolitik zu bezeichnen pflegt ¹). Es ist in Wahrheit viel mehr: Die große Weltkrise des Destruktionismus, das ist jener Politik, die die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung zu zerstören sucht.

Die Erde kann jene Menge von Menschen, die sie heute trägt, nur dann so ernähren, wie sie sie in den letzten Jahrzehnten ernährt hat, wenn die Menschen kapitalistisch wirtschaften. Nur vom Kapitalismus kann man weitere Hebung der Produktivität der menschlichen Arbeit erwarten. Daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Menschen heute einer Ideologie anhängt, die dies nicht erkennen will, und daher eine Politik treibt, die zur Herabsetzung der Produktivität der Arbeit und zur Aufzehrung des angesammelten Kapitals führt, das ist das Wesen der großen Kulturkrise.

¹ Vgl. Pribram, Die Wandlungen des Begriffes der Sozialpolitik, II, 249 ff.

VII. Max Weber und der Kathedersozialismus.

Die Gegnerschaft, die der kathedersozialistischen Richtung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches erstand, nahm ihren Ausgangspunkt im allgemeinen von der Erkenntnis, daß die theoretische Untersuchung der volkswirtschaftlichen Probleme nicht entbehrt werden darf. Als Nationalökonomien traten Dietzel, Julius Wolf, Ehrenberg, Pohle, Adolf Weber, Passow und andere gegen die Lehren der Kathedersozialisten auf. Auf der anderen Seite wieder erhoben die Historiker Einspruch gegen die Art und Weise, in der Schmoller, Knapp und ihre Schüler historische Aufgaben zu lösen suchten. Alle diese Kritiker traten von außen her, mit dem Rüstzeug ihrer Wissenschaft versehen, an die Lehren der Kathedersozialisten heran. Mochten sie auch, angesichts der Stellung und des Ansehens des Kathedersozialismus, bei ihrem Auftreten auf äußere Schwierigkeiten stoßen, innerlich war die Auseinandersetzung mit ihm für sie kein Problem. Sie waren entweder nie in seinem Bann gestanden oder sie hatten sich innerlich ohne Mühe ganz von ihm losgelöst.

Das war bei Max Weber ganz anders. Dem jungen Max Weber hatten die Ideen des preußischen Etatismus, des Kathedersozialismus und der evangelischen Sozialreform alles gegolten. Er hatte sie in sich eingesogen, bevor er noch angefangen hatte, sich mit den Problemen des Kathedersozialismus wissenschaftlich zu befassen; religiöse, politische und ethische Erwägungen hatten seinen Standpunkt bestimmt.

Max Webers Universitätsstudium waren die Rechte, seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten galten der Rechtsgeschichte, er war zuerst Privatdozent, dann Professor der Rechte. Seine Neigung galt ganz der Geschichte; nicht der historischen Einzelforschung, die sich im Kleinen verliert und das Große nicht sieht, sondern der Universalgeschichte, der historischen Synthese und der Geschichtsphilosophie. Dabei war ihm die Geschichtswissenschaft nicht Ziel, sondern nur Mittel zur Gewinnung vertiefter politischer Einsicht. Der Nationalökonomie stand er innerlich fern. Er war zum Lehrer der Nationalökonomie ernannt worden, ohne sich vorher mit dieser Wissenschaft befaßt zu haben, ein Vorgang, der damals nicht selten war¹); es entspricht der Auffassung, die die empirisch-realistische

¹ Marianne Weber erzählt von ihres Gatten Freiburger Zeit: »Er hört ja nun, wie er in scherzender Übertreibung sagt, zum erstenmal bei sich selbst die großen nationalökonomischen Vorlesungen« (Marianne Weber, Max Weber, ein Lebensbild, Tübingen 1926, S. 213).

Schule von dem Wesen der »Staatswissenschaften« hatte, daß man Historiker und Rechtshistoriker als Fachmänner auf dem Gebiete dieser Wissenschaft ansah. Noch kurz vor seinem allzufrühen Tode beklagte es Weber, daß er die moderne theoretische Nationalökonomie, aber auch das klassische System, zu wenig kenne und sprach die Befürchtung aus, daß er nicht bald die Zeit finden werde, diese von ihm schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen.

Als er das Amt angetreten hatte, das ihn zur Abhaltung von Vorlesungen über jene Probleme verpflichtete, die der Kathedersozialismus als den Inhalt der Universitätsdisziplin Nationalökonomie ansah, fand er bald kein Genügen an der herrschenden Doktrin. Der Jurist und Historiker in ihm lehnten sich zunächst gegen die Art und Weise auf, in der die Nationalökonomie der Schule juristische und historische Probleme behandelte. Das ward zum Ausgangspunkt seiner bahnbrechenden methodologischen und erkenntnistheoretischen Untersuchungen, das führte ihn zum Problem der materialistischen Geschichtsauffassung, von dem aus er dann an die religionssoziologischen Aufgaben herantrat. Von hier aus kam er schließlich zu seinem groß angelegten Versuch eines Systems der Gesellschaftswissenschaften.

Aber alle diese Studien führten Max Weber Schritt für Schritt fort von den politischen und sozialpolitischen Idealen seiner Jugend. Er kam immer näher heran an Liberalismus, Rationalismus, Utilitarismus. Das war für ihn ein persönliches Erlebnis schmerzlicher Art, nicht anders als die Loslösung vom Christentum vielen anderen Forschern gewesen war. Denn sein Glaube und seine Religion war der preußische Etatismus gewesen, und die Loslösung von ihm schien ihm ein Abfall von der Heimat, vom eigenen Volk, ja von der ganzen europäischen Gesittung.

Denn in dem Maße, in dem ihm die Unhaltbarkeit der herrschenden Sozialideologie deutlich wurde und in dem er erkennen lernte, wohin ihre Anwendung führen müsse, begann er auch zu erkennen, welche Zukunft dem deutschen Volk und den übrigen Völkern, die die europäische Zivilisation tragen, bevorsteht. So wie Bismarck das cauchemar des coalitions nicht schlafen ließ, so ließ auch Weber die Erkenntnis, zu der ihn seine Studien geleitet hatten, nicht ruhen. Mochte er sich noch so fest an die Hoffnung klammern, es werde sich alles zum Guten wenden, eine dunkle Ahnung sagte ihm doch immer wieder, daß die Katastrophe näherrücke. Das war es, was an seiner Gesundheit zehrte, was ihn besonders seit Ausbruch des großen Krieges mit immer steigender Unruhe erfüllte und zu geschäftiger Betätigung drängte, die doch für den vereinzelt

Mann, den keine der Parteien brauchen konnte, erfolglos bleiben mußte, das war es, was schließlich seinen Tod beschleunigt hat.

Das Leben Max Webers war vom Beginn seiner Heidelberger Zeit an ein ununterbrochener innerer Kampf gegen die Lehren des Kathedersozialismus. Doch er hat diesen Kampf nicht bis zum Ende durchgekämpft, er ist gestorben, bevor es ihm gelungen war, sich geistig ganz von dem Bann dieser Lehren freizumachen. Und er ist einsam gestorben, er hat keine Erben hinterlassen, die den Kampf, den er sterbend aufgeben mußte, fortsetzen. Wohl wird sein Name gepriesen, aber das wahre Wesen seines Werkes wird verkannt, und gerade in dem, was ihm das Wichtigste gewesen ist, hat er keine Jünger gefunden. Nur die Gegner wissen die Gefahren zu würdigen, die ihrer eigenen Ideologie von den Gedanken Max Webers her drohen ¹).

VIII. Das Versagen der herrschenden Ideologie.

In allen Spielarten und Färbungen haben die Ideen des Sozialismus und des Syndikalismus ihre wissenschaftlichen Grundlagen verloren. Die Anhänger dieser Richtungen sind nicht imstande gewesen, dem System der theoretischen Nationalökonomie, das die Haltlosigkeit ihrer Auffassung zeigte, ein anderes entgegenzuhalten, das sich besser mit dem, was sie lehrten, vertragen konnte. Sie haben daher die Möglichkeit theoretischer Erkenntnis auf dem Gebiete der Sozialwissenschaft und insbesondere auf dem der Nationalökonomie grundsätzlich bestreiten müssen, und sich im übrigen mit einzelnen kritischen Einwänden gegen die Grundlagen des Systems der theoretischen Nationalökonomie begnügt. Sowohl ihre methodologische als auch ihre die einzelnen Lehren betreffende Kritik hat sich als unstichhaltig erwiesen. Nichts, aber auch gar nichts, blieb von all dem übrig, was Schmoller, Brentano und ihre Freunde vor einem halben Jahrhundert mit Emphase als die neue Wissenschaft verkündet haben. Daß wirtschaftsgeschichtliche Studien sehr lehrreich sein können, und daß man sie daher pflegen sollte, hat man schon früher gewußt und nie bestritten.

Die Wissenschaft der theoretischen Nationalökonomie hat auch in der Zeit der Hochblüte der historischen Schule nicht geruht. Die Geburtsstunde der modernen subjektivistischen Lehre fällt zeit-

¹ Vgl. Wilbrandt, Kritisches zu Max Webers Soziologie der Wirtschaft (Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, 5. Jahrgang, S. 171 ff.); Spann, Bemerkungen zu Max Webers Soziologie (Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik, N. F., III. Bd., S. 761 ff.).

lich mit der Gründung des Vereins für Sozialpolitik zusammen. Seither stehen sich Nationalökonomie und Sozialpolitik ganz fremd gegenüber. Die Sozialpolitiker kennen nicht einmal die Grundzüge des Systems der Theorie und haben von der bedeutenden Entwicklung, die sich in den letzten Jahrzehnten innerhalb der Théorie vollzogen hat, überhaupt nicht Kenntnis erlangt. Wo sie sich mit ihr kritisch auseinandersetzen wollen, kommen sie nicht über die alten Mißverständnisse hinaus, mit denen schon Menger und Böhm-Bawerk fertig geworden sind.

Doch all dies hat der sozialistischen und syndikalistischen Ideologie nicht im geringsten Abbruch getan. Sie beherrscht heute die Geister mehr denn je. Die großen politischen und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Jahre werden fast nur durch ihre Brille gesehen. Sie hat freilich auch hier versagt. Auch von der kathedersozialistischen Ideologie gilt, was Cassau von der des proletarischen Sozialismus sagt: Alle Erfahrungen des letzten Jahrzehnts sind »an der Ideologie vorübergegangen, ohne sie zu beeinflussen. Sie hat kaum jemals so viel Ausbaumöglichkeiten gehabt und ist kaum jemals so steril gewesen wie in der Blütezeit der Sozialisierungsdebatten«¹). Die Ideologie ist steril, aber sie herrscht. Der Liberalismus verliert selbst in England und in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag mehr an Boden. Wohl bestehen charakteristische Unterschiede zwischen dem, was die deutsche etatistische Schule und der deutsche Marxismus lehrten, und dem, was in den Vereinigten Staaten heute als die neue Heilslehre gepriesen wird. Auch die Ausdrucksweise der Amerikaner ist meist vorsichtiger als die Schmollers, Helds oder Brentanos. Doch im Grunde genommen deckt sich das, was die Amerikaner heute anstreben, ganz mit den Lehren der Kathedersozialisten; mit ihnen teilen sie auch den Irrtum, daß sie glauben, daß ihr soziales Ideal das Sondereigentum an den Produktionsmitteln bejahe.

Wenn Sozialismus und Syndikalismus im großen und ganzen heute keine weiteren Fortschritte machen, wenn wir sehen, daß selbst eine Reihe von Schritten, die auf dem Wege zur Schaffung sozialistischer Gemeinwirtschaft schon getan wurden, wieder rückgängig gemacht werden, wenn man selbst auf die Einschränkung der Macht der Gewerkschaften sinnt, so ist dies weder auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Nationalökonomie, noch auf die herrschende Gesellschaftsideologie zurückzuführen. Denn die theoretische Nationalökonomie kennen auf dem ganzen Erdenrund heute

¹ Vgl. Cassau, a. a. O. I, S. 152.

kaum einige Dutzend Menschen, und kein Staatsmann oder Politiker kümmert sich irgendwie um sie. Die Gesellschaftsideologie aber, auch die jener Parteien, die sich »bürgerlich« nennen, ist ganz sozialistisch, etatistisch, syndikalistisch. Daß Sozialismus und Syndikalismus keine weiteren Fortschritte machen, trotzdem die herrschende Ideologie es erfordern würde, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß der Rückgang der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit, der mit jeder das Sondereigentum einschränkenden Maßregel verbunden ist, allzu sichtbar in die Augen fallen muß. Wohl sucht man, in der sozialistischen Ideologie befangen, nach allerlei Entschuldigungen für den Mißerfolg und will die wahre Ursache nicht finden. Doch das Ergebnis ist doch das, daß man im Handeln vorsichtiger geworden ist.

Die Politik wagt das, was die herrschende Gesellschaftsideologie fordert, nicht durchzuführen, weil sie, durch bittere Erfahrungen belehrt, im Unterbewußtsein das Vertrauen in die Ideologie verloren hat. In dieser Lage sinnt man aber nicht darauf, die offenbar unbrauchbare Ideologie durch eine brauchbarere zu ersetzen, man erwartet überhaupt von der Vernunft keine Hilfe mehr. Die einen nehmen ihre Zuflucht zur Mystik, die anderen aber setzen ihre Hoffnung auf das Kommen des »starken Mannes«, des Zwingherrn, der für sie denken und sorgen soll.